

Pressemitteilung

18. Januar 2023

Sozialverband fordert Einführung eines Sozialtickets

SoVD kritisiert: Deutschlandticket ist für Menschen mit wenig Geld viel zu teuer

Hannover. In ihrer heutigen Pressekonferenz hat die niedersächsische Landesregierung die Eckpunkte des Deutschlandtickets vorgestellt. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen begrüßt zwar grundsätzlich ein vergünstigtes Ticket für Bus und Bahn, kritisiert den geplanten Preis von 49 Euro für Menschen mit geringem Einkommen allerdings als viel zu hoch. Die Ankündigung des Verkehrsministers Olaf Lies, erst im nächsten Jahr über eine günstigere Lösung für diese Betroffenen nachdenken zu wollen, hält der SoVD für nicht nachvollziehbar.

Der Ansturm auf das 9-Euro-Ticket im vergangenen Sommer war enorm. Gerade Menschen mit kleinem Geldbeutel konnten so kostengünstig den öffentlichen Personennahverkehr nutzen. „Deshalb begrüßen wir sehr, dass es jetzt eine Nachfolgeregelung geben soll. Doch die geplanten 49 Euro sind für Menschen mit geringem Einkommen überhaupt nicht zu bezahlen“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Bezieher*innen von Sozialleistungen stünden monatlich lediglich 25 Euro für Mobilität zur Verfügung. Die restlichen 24 Euro müssten sie aus ihrem ohnehin knappen Budget dazuzahlen. „Angesichts der enormen Preissteigerungen ist das überhaupt nicht machbar“, betont Sackarendt.

Der größte Sozialverband in Niedersachsen fordert deshalb die Einführung eines Sozialtickets für Senior*innen mit kleiner Rente, Familien mit geringem Einkommen und Bezieher*innen von Bürgergeld. Die Planungen, eventuell 2024 eine vergünstigte Lösung zu finden, hält der SoVD für viel zu spät. „Die Menschen brauchen jetzt eine finanzielle Entlastung und nicht erst, wenn das Ticket schon ein Jahr lang läuft“, betont der Landesvorsitzende.

„Außerdem muss sehr viel mehr Geld in den Ausbau von Bus und Bahn gesteckt werden“, so der niedersächsische SoVD-Chef. Wenn es auf dem Land keine entsprechenden Verbindungen gebe, verpuffe das Ganze. „Die Landesregierung muss bei der Umsetzung noch einmal nachbessern. Ansonsten bleibt es bei einem gut gemeinten Angebot, das nicht bei den Menschen mit wenig Geld ankommt“, mahnt Sackarendt.